



Israel hat eine neue Regierung

Nachdem die Kadima-Partei am 28. März 2006 als stärkste Kraft aus den Wahlen zur 17. Knesset hervorgegangen war, wurde ihr Parteiführer Ehud Olmert beauftragt, die nächste israelische Regierung zu bilden. Olmert präsentierte nun die 31. Regierung Israels, welche mit Blick auf das noch von Sharon initiierte politische Kernanliegen von Kadima gebildet wurde: die zukünftigen Grenzen Israels durch Verhandlungen mit den Palästinensern festzulegen - und wenn das nicht möglich ist durch weitere einseitige Rückzüge aus der Westbank.

Vorausgegangen waren schwierige Koalitionsverhandlungen, nachdem Kadima in den Wahlen nicht die erhofften 40 bis 50, sondern lediglich 29 Mandate erhielt. Eine Regierung für das weitreichende politische Anliegen war nur durch eine stabile Mehrheit und mehrere Koalitionspartner möglich. Olmert hat sich deshalb entschieden, eine breite Regierung zu bilden. Dies führte – trotz relativ kleiner Koalition - zu der enormen Anzahl von 25 Ministern. Allerdings haben sich Olmert und die Parteiführer der Koalition darauf geeinigt, in der Regierung auf stellvertretende Ministerposten zu verzichten.

Der Kern der Regierung besteht aus Kadima und Arbeitspartei. Olmert hat Kadima die wichtigsten Ministerien für die Umsetzung des Rückzugsprogramms gesichert. Außerdem behält Kadima wichtige Portfolios im wirtschaftlich-sozialen Bereich und musste deshalb zwei wichtige Ministerposten an die Arbeitspartei geben: Verteidigung und Erziehung. Überraschend hat so der aufgrund eines Versprechens von Sharon und Olmert schon als Bildungsminister gehandelte ehemalige Leiter des Interdisziplinären Zentrums in Herzlija, Prof. Uriel Reichmann, diesen Ministerposten nicht erhalten können – woraufhin er nicht nur auf weitere hohe Aufgaben in der Regierung verzichtete, sondern auch sein gerade erworbenes Knessetmandat niederlegte und die Politik verließ.

Tsachi Hanegbi konnte wegen einer gegen ihn laufenden Untersuchung kein Ministeramt erhalten und wird jetzt Vorsitzender des Außen- und Sicherheitsausschusses der Knesset.

Auch gegen Shimon Peres laufen Untersuchungen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung aus seiner Zeit als Parteivorsitzender der Arbeitspartei. Peres steht deshalb unter Druck zurückzutreten.

Mit Dalia Itzik wird zum ersten Mal eine Frau Parlamentspräsidentin (Speaker of the Knesset).

Mit Tzipi Livni ist eine ehemalige Rechtsanwältin, Ministerin mit verschiedenen Portfolios (darunter Justiz) in früheren Regierungen und ein Gründungsmitglied von Kadima Außenministerin geworden. Sie ist außerdem die Stellvertreterin Olmerts, welche als Premierministerin agieren würde, sollte Olmert dieses Amt nicht ausführen können. Sie hat damit die Position Olmerts unter Sharon.

Die Arbeitspartei unterstützt weitere Rückzüge aus der Westbank. Sie hatte in den Wahlen mit 19 Mandaten allerdings auch deshalb relativ gut abgeschnitten, weil vor allem ihre soziale Agenda von den Wählern als wichtig angesehen wurde. Amir Peretz hatte damit eine Verpflichtung, dies angemessen in die Koalitionsverhandlungen einzubringen. Erwartet wurde daher, dass die Arbeitspartei auf Ministerien Wert legt, welche vor allem Einfluss auf die soziale Situation in Israel haben. Peretz selbst war als Finanzminister im Gespräch.

Nun wird Peretz allerdings Verteidigungsminister als jemand, der noch im Wahlkampf als militärisch unerfahren galt. Dieser Posten könnte ihm aber helfen, in Zukunft ein ernstzunehmender Kandidat für das Amt des Premierministers zu werden.

Die anderen Minister der Arbeitspartei sind alle Vertreter des alten Kerns der Partei. Es wurden keine Kandidaten berücksichtigt – abgesehen von Peretz selbst, die noch im Wahlkampf als Zeichen der Erneuerung der Arbeitspartei galten. Diese wurde von Peretz auf unwichtigere Posten verdrängt. So hat z.B. der erst im Wahlkampf in die Politik gewechselte bisherige Rektor der Ben Gurion Universität, Prof. Avishai Bravermann, überraschenderweise kein Portfolio erhalten. Er gilt im Übrigen auch langfristig als Herausforderer von Amir Peretz.

In der Arbeitspartei kam es zu Auseinandersetzungen über die Art und Weise, wie Amir Peretz die Verhandlungen mit Kadima geführt und die Besetzung der Ministerposten vorgenommen hat. Diese Auseinandersetzungen reichen jedoch offenbar tiefer und zeigen, dass Amir Peretz auch weiterhin mit ernstzunehmender innerparteilicher Opposition rechnen muß.

Bis zuletzt war unklar, ob Israel Beteinu Teil der Koalition werden würde. Hauptproblem war die Frage weiterer Rückzüge, welche Israel Beteinu nur mit großen Einschränkungen bereit wäre zu unterstützen – immerhin wurde Lieberman von Sharon seinerzeit aus der Regierung gedrängt, weil er den Rückzug von Gaza nicht mittragen wollte. Avigdor Lieberman konnte zudem als Führer der Partei nicht das von ihm angestrebte Amt des Ministers für innere Sicherheit erhalten, da jetzt gegen ihn wegen angeblich unsauberer Geschäfte mit russischen Geschäftspartnern und illegaler Wahlkampffinanzierung Ende der 90er Jahren ermittelt wird. Als Minister für innere Sicherheit hätte er die Kontrolle über die Untersuchungen gegen ihn. An anderen Ministerposten war er nicht interessiert.

Die Rentnerpartei als Überraschungskandidat der letzten Wahlen mit 7 Mandaten wurde nicht nur Teil der Koalition, sondern bildet mit Kadima auch

eine gemeinsame Fraktion. Hauptanliegen der Partei ist es, eine Erhöhung der Renten sicher zu stellen.

Die religiöse Shas-Partei hat ohne Erfolg versucht, mit der Partei United Tora Judaism (UTJ) eine gemeinsame Front aufzubauen, um so das Innenministerium zu erhalten. Allein Shas wird nun in der Regierung vertreten sein. Wichtiges Anliegen von Shas ist u.a. die Unterstützung kinderreicher Familien. Shas konnte eine Erhöhung des Kindergeldes zunächst nicht durchsetzen, nur eine für 2009 geplante Kürzung verhindern. Außerdem hat Shas durchgesetzt, dass religiöse Schulen auch dann staatliche Unterstützung erhalten, wenn die das staatliche Curriculum nicht lehren. Shas hatte auch abgelehnt, den Passus des Rückzugsplanes Olmerts in die Koalitionsvereinbarungen aufzunehmen.

Die Koalitionsverhandlungen mit UTJ laufen jedoch weiter. Zudem erhält UTJ den Vorsitz des einflussreichen Finanzausschusses in der Knesset.

Der Likud droht weiter auseinanderzufallen, sollte nicht schnell ein Konsolidierungsprozess einsetzen. Eine Gruppe um Silvan Shalom prüft verschiedene Wege, sich von Benjamin Netanjahu abzukoppeln. Netanjahu hatte trotz der massiven Wahlniederlage abgelehnt, als Parteivorsitzender zurückzutreten. Silvan Shalom sammelt nun die notwendige Anzahl von 600 Unterschriften, um vorgezogene Primaries und damit die Neuwahl des Parteivorsitzenden durch das Zentralkomitee zu erzwingen. Gleichzeitig laufen jedoch Gespräche, mehrere Likudabgeordnete bei Kadima aufzunehmen und ihnen hochrangige Regierungsposten anzubieten. Inoffiziell werden neben Silvan Shalom Namen genannt wie Danny Naveh, Michael Eitan und Limor Livnat.

Die links-liberals Meretz-Partei unterstützt weitere einseitige Rückzüge, falls keine Verhandlungen möglich sind und wird deshalb in diesem Anliegen die Regierung von außen unterstützen. Allerdings werden auch mit Meretz Koalitionsverhandlungen fortgesetzt.

Wiederum sind keine arabischen Parteien in der Regierung vertreten, welche entgegen bestimmter Erwartungen in den Wahlen relativ gut abgeschnitten hatten. Die arabischen Parteien werden ebenso weitere Rückzüge von außen unterstützen.

Insgesamt hat Olmert derzeit von 120 Knessetstimmen für das Rückzugsprogramm 67 Stimmen der Koalitionsregierung, dazu weitere 15 Stimmen von anderen Parteien.

Kadima:

Premierminister:	Ehud Olmert
Äußeres (Stv. PM):	Tzipi Livni
Finanzen:	Avraham Hirschson
Inneres:	Roni Bar-On

Entwicklung Negev und Galiläa (Vize-PM):	Shimon Peres
Öffentliche Sicherheit:	Avi Dichter
Transport (Stv. PM):	Shaul Mofaz
Justiz:	Haim Ramon
Bau:	Meir Shitreet
Umwelt:	Gideon Ezra
Einwanderung:	Zeev Boim
Kontakte Regierung - Knesset:	Jacob Edery

Arbeitspartei:

Verteidigung:	Amir Peretz
Bildung:	Yuli Tamir
Nationale Infrastruktur:	Benjamin Ben-Eliezer
Landwirtschaft:	Shalom Simhon
Kultur und Sport:	Ofer Pines
Tourismus:	Isaac Herzog
Minister ohne Geschäftsbereich:	Eitan Cabel

Rentnerpartei:

Rentenangelegenheiten:	Rafi Eitan
Gesundheit:	Yacov Ben-Yizri

Shas:

Industrie, Handel und Arbeit	Eli Yishai
Kommunikation	Ariel Atias
Minister ohne Geschäftsbereich:	Yitzhak Cohen
Minister ohne Geschäftsbereich:	Meshulam Nehari

Einige Kommentatoren gehen davon aus, dass diese Regierung – wie die meisten bisherigen Regierungen in Israel – keine volle Legislaturperiode überlebt. Keine politische Kraft hat wirklich volle Kontrolle und es gibt starke gegenseitige Abhängigkeiten, was angesichts der großen und höchst umstrittenen Aufgaben der Zukunft – vor allem die Festlegung der endgültigen Grenzen Israels – problematisch ist. Träte eine Partei aus der gegenwärtigen Regierungskoalition aus, zöge dies Neuwahlen nach sich.

Abzuwarten bleibt auch, ob die Regierung und vor allem Ehud Olmert an der Führungsspitze die Kraft haben wird, das Rückzugsprogramm durchzuführen und die endgültigen Grenzen festzulegen. Dies ist mindestens in doppelter Weise gefährdet:

1. Politische Unterstützung:

a) Die Regierung stützt sich auf Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum (plus Religiöse). Mit Likud und Israel Beteinu gibt es eine ernstzunehmende, starke Opposition von rechts. Auch die Unterstützung der eigenen Partei ist Olmert nicht auf lange Sicht garantiert: Kadima ist noch keine gefestigte und

homogene Partei mit klarem Programm und festen Strukturen. Die Aufgaben in der Regierung könnten von wichtigen Konsolidierungsaufgaben in der Partei ablenken. Bedenklich stimmt außerdem, dass immerhin eine Abgeordnete von Kadima der Abstimmung in der Knesset über die neue Regierung demonstrativ fernblieb.

b) International wird die Unterstützung wohl davon abhängen, ob weitere Rückzüge langfristig in Verhandlungen mit den Palästinensern münden und nicht Endstatusfragen irreversible vorwegnehmen. Einseitige Festlegungen werden selbst von Präsident Bush nicht unterstützt.

2. Ressourcen:

Während aus Gaza ca. 8000 Siedler evakuiert wurden, werden bei Umsetzung des gesamten Rückzugsprogramms weitere 80.000 Siedler umgesiedelt werden müssen. Der Gaza-Rückzug hat ca. 2 Milliarden Dollar gekostet. Der Gesamthaushalt von ca. 70 Milliarden Dollar dürfte damit in einige Turbulenzen geraten. Abgesehen davon, dass die Integration der Siedler aus dem Gaza-Streifen bislang nur teilweise erfolgreich war. Nach Zahlen des Ministeriums für Industrie, Handel und Arbeit beträgt die Arbeitslosigkeit nach 6 Monaten nach dem Rückzug aus Gaza noch immer 36%. Ohne ausländische Finanzgarantien wird wohl dieses neue Rückzugsprogramm nicht durchführbar sein.

Außerdem ist nicht klar, ob es zu weiteren Verhandlungen mit den Palästinensern kommt. Diese hätten, sollten sie überhaupt aufgenommen werden, kaum Aussicht auf nur ansatzweise Erfolge. Sollten Verhandlungen mit Mahmud Abbas aber scheitern, würde dies Olmert zu einem zusätzlichen Problem führen: nach gescheiterten Verhandlungen würden alle weiteren Rückzüge noch mehr wie Geschenke an die Palästinenser aussehen, für welche man keinen Gegenwert erhält und würden außerdem eine kompromißlose Haltung der Palästinenser eher noch stärken.

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben stehen weitere wichtige Probleme an, um deren Lösung sich die neue Regierung kümmern muss. Vor allem sind dies Bekämpfung von Armut, Verbesserung des Erziehungs- und Gesundheitssystems, Kampf gegen Korruption und Kriminalität, schließlich die Einwanderungspolitik. Alle diese Probleme könnten zur Zerreißprobe für die neue Regierung werden.

Es ist deshalb durchaus möglich, dass sich die Regierung zunächst schwerpunktmäßig darum bemüht, durch die Lösung von sozialen Problemen weitere Unterstützung der Öffentlichkeit zu sichern, um erst dann das Rückzugsprogramm durchzusetzen.

Dr. Lars Hänsel

Jerusalem, 4. Mai 2006